

Anfragen zum Plenum in der 43. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich nach Kenntnis der Staatsregierung der Bezug von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) von Alleinerziehenden seit Beginn der Corona-Pandemie in Bayern entwickelt (bitte ab 02/2020 nach Monaten gegliedert angeben), wie hoch ist nach Kenntnis der Staatsregierung der Anteil der Alleinerziehenden, die SGB-II-Leistungen beziehen, an allen Alleinerziehenden (bitte SGB-II-Quote insgesamt ab 02/2020 nach Monaten differenziert angeben) und wie hoch ist nach Kenntnis der Staatsregierung die Sanktionsquote in Alleinerziehenden-Familien in Bayern (bitte falls möglich nach Landkreisen differenziert aufschlüsseln)?

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie mit der Firma Finfisher, die ihren Hauptsitz in München hat und in deren Räumlichkeiten in den vergangenen Wochen Ermittler mehrere Razzien durchgeführt haben, zusammenarbeitet, ob sie mit anderen Unternehmen, die Spionage- bzw. Überwachungssoftware entwickeln und verkaufen, zusammenarbeitet und falls ja, wie sie sicherstellt, dass diese nicht auch gleichzeitig mit anti-demokratischen Regimes im Ausland zusammenarbeiten?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, auf welchen wissenschaftlichen Grundlagen und Quellen (bitte konkret benennen) beruht die Aussage von Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr Kerstin Schreyer, „die Maske ersetzt (!) den Abstand“ (siehe Merkur-Interview vom 16. Oktober 2020), teilt die gesamte Staatsregierung, insbesondere die Staatskanzlei und das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP), diese Auffassung, dass beim Maskentragen in öffentlichen Verkehrsmitteln auf Abstandsregeln verzichtet werden kann, und ist infolge dieser Aussage eine Klarstellung auf der FAQ-Seite des StMGP vorgesehen, auf der diese Frage eindeutig verneint wird (Zitat: „Ersetzt die Alltags-Maske andere Regeln der Hygiene? Nein. Eine Alltags-Maske ist ein zusätzlicher Baustein, um die Ausbreitungsgeschwindigkeit des neuartigen Coronavirus in der Bevölkerung zu verlangsamen. Sie ersetzt keine Hygieneregeln. Wann immer es möglich ist, hat die Abstandsregelung (mindestens 1,5 Meter) zu anderen Personen oberste Priorität. Außerdem müssen die Husten- und Niesetikette und die gute Händehygiene eingehalten werden.“)?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinderschutzmeldungen gingen seit Beginn der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie bei den bayerischen Jugendämtern ein (bitte pro Monat und nach Selbst- und Fremdmeldungen aufschlüsseln), inwiefern weicht die Anzahl der Meldungen von den durchschnittlichen Meldungen der Vergangenheit ab, z. B. vom Vergleichszeitraum 2019, und wie bewertet die Staatsregierung diese Zahlen?

Franz Bergmüller
(AfD)

Im Eigentum der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen werden klassischerweise die Weihnachtsmärkte Burghäuser Burgweihnacht, Weihnachtsdorf im Kaiserhof der Residenz München, Christkindlmarkt auf der Fraueninsel, Cadolzheimer Adventsmarkt, Weihnachtsmarkt am Chinesischen Turm im Englischen Garten München, Weihnachtsmarkt auf dem Schlossplatz in Aschaffenburg, „Haferlwinter“ im Innenhof der Stadtresidenz Landshut, Christkindlmarkt in Neuburg – Schlosshof und Altstadt, Rosenauer Adventsmarkt in der Orangerie des Schlossparks Rosenau, Blütenburger Weihnacht Schloss Blütenburg in München und der Adventsmarkt im Biergarten der Schlosswirtschaft Oberschleißheim veranstaltet, was im „COVID-19-Jahr“ 2020 eine besondere Herausforderung zu sein scheint, weswegen ich die Staatsregierung frage, welchen dieser Märkte hat die bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage bereits abgesagt gehabt oder hat eine Absage bereits festgelegt, aber noch nicht kommuniziert (bitte Datum und den genauen Grund der Absage benennen), auf welchen Wegen ist die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen den Standbetreibern entgegengekommen, um das von diesen z. B. durch Standgebühren oder Einkäufe getragene wirtschaftliche Risiko einer Absage während des Zeitraums des Betriebs zu reduzieren (wenn zu umfangreich, bitte nur am Beispiel der Burgweihnacht in Burghausen ausführen) und wie viele schriftliche Absagen von Standbetreibern liegen der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen für jeden der in ihrem Eigentum klassisch betriebenen Weihnachtsmärkte vor (wenn zu umfangreich, bitte nur am Beispiel der Burgweihnacht in Burghausen ausführen)?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern sie ein von Ministerpräsident Dr. Markus Söder auf dem CSU-Parteitag Ende September angekündigtes Verbot von Reichsflaggen vorbereitet, auf welcher Rechtsgrundlage ein verfassungskonformes Verbot angeordnet werden soll und welche Handlungen konkret verboten werden sollen?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem nach Medienberichten eine umfassende Metaanalyse-Studie von Kinderärztinnen und -ärzten sowie Epidemiologinnen und -demologen um Russel Viner aus Großbritannien (Veröffentlichung im Fachmagazin JAMA Pediatrics) aus dem September 2020 zu dem Schluss kommt, dass Kinder und Jugendliche ein deutlich geringeres Risiko haben sich mit COVID-19 anzustecken und eine geringere Rolle in der Verbreitung der Krankheit spielen, eine indische Studie, die im Magazin Science veröffentlicht wurde, einige Tage später aber zu dem Ergebnis kam, dass Kinder die Erkrankung vorrangig an Gleichaltrige weitergeben können, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr über die Infektionen und die Weitergabe von COVID-19 unter Kindern und Jugendlichen, insbesondere an Kitas und Schulen vorliegen (bitte mit Angabe der Infektionsraten pro Altersgruppe und im Vergleich der Gesamtbevölkerung), wie viele Infektionen seit März 2020 bisher an bayerischen Schulen unter Kindern, Jugendlichen sowie Lehrerinnen und Lehrern aufgetreten sind und wo bei den durch die bayerischen Behörden bzw. Gesundheitsämter nachverfolgten Infektionsfällen an Schulen die Ansteckung dieser Kinder, Jugendlichen sowie Lehrerinnen und Lehrern stattgefunden hat (z. B. in der Schule, im Ausland, bei bestimmten Anlässen wie Familienfeiern etc)?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum werden bei einem für die Staatsregierung verbindlichen Staatsstraßen ausbauplan Ausbauprojekten an Staatsstraßen ohne Nennung im Staatsstraßen ausbauplan geplant und womöglich gebaut, um welche konkreten Projekte handelt es sich (bitte einzeln angeben) und warum wird der Staatsstraßen ausbauplan in solchen Fällen nicht fortgeschrieben?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, unter welchen Voraussetzungen können Besuche in Justizvollzugsanstalten bei einem Inzidenzwert von 35 bzw. 50 stattfinden (z. B. mit Plexiglasscheibe und/oder Einhaltung der LAHA-Regelungen – Lüften, Abstand, Hygiene, Alltagsmaske), welche Justizvollzugsanstalten in Bayern haben derzeit noch keine geeigneten Räume, um Besuche stattfinden zu lassen und welche Pläne gibt es, um in jeder bayerischen Justizvollzugsanstalt coronakonforme Besuchsmöglichkeiten auch in den Wintermonaten bei Inzidenzwerten über 35 bzw. 50 zu ermöglichen?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der insgesamt gut 78 000 Ansteckungen mit dem neuartigen Coronavirus in Bayern (Stand 17.10.2020) können mit hoher oder sehr hoher Wahrscheinlichkeit einem gesellschaftlichen Bereich (z. B. Gastronomie, Nachtleben, Arbeitsplatz, Schule, Kultur, Kita, private Feier, Sport usw.) zugewiesen werden, wie teilen sich diese Fälle auf die verschiedenen oben genannten und weiteren gesellschaftlichen Bereiche auf und welche Rolle spielen Ansteckungen in Schulen und Kitas bei der Pandemie-Entwicklung aus Sicht der Staatsregierung?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Geflüchtete, die in bayerischen Asylunterkünften leben und lebten, sind seit Februar 2020 an COVID-19 erkrankt (bitte nach Wochen auflisten), wie viele Geflüchtete sind seitdem in separierten Quarantäneeinrichtungen untergebracht worden (bitte ebenfalls nach Wochen auflisten) und wie viele Personen befinden sich in den Abschiebehaftanstalten in Bayern (bitte nach Orten auflisten)?

Albert Duin
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen Eckpunkten bereitet sie die Umsetzung der Weiterentwicklung der PSI-Richtlinie (u. a. Richtlinie (EU) 2019/1024) im Bereich des Freistaates bereits vor, wird die angekündigte bayerische Open-Government-Data-Strategie die Pflicht zu Open Data für Behörden der Landesverwaltung beinhalten und inwiefern plant die Staatsregierung, im Zuge dieser Strategie das Bayerische E-Government-Gesetz zu ändern?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die Validität, Reliabilität und Objektivität der tatsächlich angewandten Testverfahren auf den Corona-Erreger (insbesondere PCR-Tests) bewertet, welche alternativen (und ggf. präziseren) Testverfahren es gibt und wann diese zum Einsatz bzw. warum diese nicht zum Einsatz kommen?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge zur Förderung von Tierheimen nach der Förderrichtlinie Tierheime (FÖR-TH) wurden im Jahr 2020 gestellt (bitte Angabe aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Landkreisen und Darstellung des jeweiligen Antragsvolumens), welche der genannten Anträge wurden bewilligt (inklusive Bewilligungssumme) und wie viele Anträge wurden abgelehnt (inklusive der jeweiligen Begründung)?

Matthias Fischbach
(FDP)

Angesichts des jüngsten Kultusministeriellen Schreibens (KMS) hinsichtlich dienstlicher E-Mail-Adressen an den Schulen frage ich die Staatsregierung, über welchen Funktionsumfang die aktuell angebotenen E-Mail-Postfächer verfügen (bitte insbesondere Bezug nehmen auf Gruppenfunktionalität, Zugriff über Web/Browser bzw. Client/App und Nutzbarkeit eines Terminkalenders), welchem Personenkreis eine persönliche E-Mail-Adresse/Postfach bisher angeboten wurde (bitte Anzahl der vom bisherigen Angebot betroffenen Lehrkräfte und ggfs. des sonstigen Personals gegliedert nach allen Schularten und Regierungsbezirken und im Verhältnis zur jeweiligen Gesamtzahl angeben) und wie weit sich das Teil-Projekt der dienstlichen E-Mail-Adressen bisher – Stand 19.10.2020 – in der Umsetzung befindet (bisherige Rückmeldungen hinsichtlich des Angebots aus den Schulen, Anzahl der aktiven E-Mail-Postfächer, bereits geschaffte und noch ausstehende Schritte zur weiteren Umsetzung wie z. B. Abschaltung existierender „Parallelsysteme“)?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Planungen gibt es seitens der Staatsregierung für das Gebäude und Gelände der Hans-Albers-Villa in Garatshausen, ist eine Erweiterung oder ein Anbau geplant und was für ein Nutzungskonzept verfolgt die Staatsregierung?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der im Rahmen des „Zweiten Gesetzes zugunsten der Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern“ (Drs. 18/1816 und 18/1736) von der Staatsregierung vorgeschlagenen und vom Landtag beschlossenen Stellen (bitte genaue Zahl in Vollzeitäquivalenten angeben) für Biodiversitäts- und Wildlebensraumberaterinnen und -berater sind bislang noch nicht ausgeschrieben, wie viele konnten inzwischen besetzt werden (bitte unter Angabe der jeweiligen Behörden/Institutionen, an denen die Stellen angesiedelt sind) und wie viele der besetzten Stellen stammen aus der Naturschutzverwaltung und hinterlassen dort Lücken, die neu auszuschreiben sind bzw. waren (bitte jeweils genaue Zahl in Vollzeitäquivalenten angeben)?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Ausgaben wurden im Rahmen des 120 Mio. Euro Automobilfonds des Freistaates bereits im Jahr 2020 getätigt und in welcher Höhe sind die Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Haushaltstiteln bereits genutzt worden (bitte je nach Haushaltstitel aufschlüsseln)?

Tessa Ganserer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Verdienstausschädigungen nach § 56 Abs. 1 und Abs. 1a Infektionsschutzgesetz (IfSG) wurden mit Stichtag 17.10.2020 gestellt (bitte Aufschlüsselung nach Regierungsbezirken und Ressorts getrennt)?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird gewährleistet, dass die Elektrifizierung des Streckenabschnitts von Aeschach nach Lindau-Insel bis zum Fahrplanwechsel im Winter 2021/2022 abgeschlossen ist, welcher zeitliche Puffer ist für unvorhergesehene Ereignisse, wie z. B. Hochwasser, eingeplant und welche rechtlichen und/oder bahntechnischen Konsequenzen hätte eine Verzögerung bei der Elektrifizierung dieses Streckenabschnitts?

Martin Hagen
(FDP)

Angesichts des in der Pressemitteilung Nr. 118 vom 2. Oktober 2020 angekündigten Förderprogramms von mobilen Luftreinigungsgeräten mit Filterfunktion und des bis dato auf der Homepage des Staatsministers für Unterricht und Kultus stehenden Hinweises („Die näheren Fördervoraussetzungen werden derzeit erarbeitet und zeitnah veröffentlicht.“) frage ich die Staatsregierung, welche Typen von Raumlufreinigungsgeräten sie konkret zu fördern gedenkt, welche Erkenntnisse mittlerweile hinsichtlich der in der Antwort auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Klaus Adelt angesprochenen Abstimmung zu einer „generellen Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns ab 1. Oktober 2020“ vorliegen (ggfs. Aufzählung bereits bekannter Maßnahmen/Planungen und Beschreibung eventueller Bestellrisiken bei der Typenauswahl vor dem Hintergrund der Antwort auf den ersten Fragenteil) und wie die Staatsregierung exakt die Summe von 37 Mio. Euro ermittelt hat?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Nachdem im sog. Eckpunktepapier vom 01.07.2015 der seinerzeitigen Parteivorsitzenden der CDU/CSU-SPD-Koalition im Bund die Bundesnetzagentur aufgefordert wird, eine Entlastung der Region um Grafenrheinfeld zu erreichen und dafür Alternativen zu entwickeln, „damit die beiden als Neubau geplanten Drehstromtrassen Mecklar-Grafenrheinfeld und Altenfeld-Grafenrheinfeld (P 43 und P 44) entfallen können und stattdessen in Bestandstrassen mitgeführt und neue Endpunkte möglich werden“, das Bundeswirtschaftsministerium mit dem Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie am 05.06.2019 sich aber auf die Trasse P 43 verständigt hat, frage ich die Staatsregierung im Hinblick auf den Brief der Landräte der Landkreise Bad Kissingen, Main-Spessart, Rhön-Grabfeld und Schweinfurt vom 18.09.2020 an das Bundeswirtschaftsministerium, in dem sie sich gegen diese Vereinbarung zu P 43 sowie gegen einen Beschluss des Bundesbedarfsplangesetzes, die die Trasse P 43 festlegt, ohne eine ernsthafte Überprüfung der Alternativtrasse P 43 mod. bzw. ohne Klärung der Frage, ob P 43 bei einem möglicherweise verstärkten Südlink überhaupt noch erforderlich ist (vgl. auch Mainpost vom 18.09.2020 „Landräte gegen Stromtrassen“), unterstützt Ministerpräsident Dr. Markus Söder als Chef der Staatsregierung (Art. 47 Abs. 1 und 2 Bayerische Verfassung) die Einigung vom 05.06.2019 auf die Trasse P 43 seitens der Wirtschaftsministerien im Bund und im Freistaat, ist Ministerpräsident Dr. Markus Söder bereit, gegenüber dem Bund auf eine Herausnahme der P 43 aus der Netzplanung bzw. dem Bundesbedarfsplangesetz zu drängen, falls und solange keine ernsthafte Prüfung des Korridors P 43 mod. und keine Klärung der Verzichtbarkeit durch einen verstärkten Südlink erfolgt ist und hält es Ministerpräsident Dr. Markus Söder im Hinblick darauf, dass die Erdverkabelung bei Wechselstromleitungen dieser Größenordnung nach bisherigem technischen Stand der Technik nur für sehr kurze Abschnitte von 3 bis 6 km und mit einem hohen zusätzlichen Aufwand möglich ist, für realistisch, dass Eingriffe in das sensible Landschaftsbild der Rhön und des Spessarts bei Umsetzung der Trasse 43 zuverlässig vermieden werden?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, plant sie, wie von Ministerpräsident Dr. Markus Söder im Juli 2020 medial angekündigt, die Einführung einer Solarpflicht für Neubauten zum 01.01.2021, für welche Gebäude soll diese Pflicht gelten und welche zusätzlichen Stromerzeugungskapazitäten können laut Berechnungen der Staatsregierung dadurch jährlich erreicht werden?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, werden in Bayern systematisch Daten von den zuständigen Gesundheitsbehörden erhoben, gesammelt und untersucht, unter welchen Bedingungen (wie/wo) sich die Menschen mit SARS-CoV-2 angesteckt haben, welche genauen Ergebnisse liefern diese Daten derzeit und wenn dies nicht getan wird, warum nicht?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Bernd Sibler hat auf der Homepage für das bayerische Künstlerhilfsprogramm folgenden Satz „In den vergangenen Wochen und Monaten war ich im engen Austausch mit Betroffenen und Verbänden, um den weiteren Förderbedarf zu ermitteln. Wir haben entsprechend Konzepte zur Nachjustierung der Künstlerhilfen vorgelegt. Der Ministerrat wird darüber entscheiden.“ veröffentlicht, weswegen ich die Staatsregierung frage, wann (bitte unter Angabe eines genauen Datums) die Entscheidung für die Fortführung des Hilfsprogramms vom Ministerrat erwartet wird, wie die Staatsregierung die momentane existenzbedrohende Situation der Kulturschaffenden sowie der dazugehörigen Berufsgruppen (Tontechnikerinnen und -techniker, Maskenbildnerinnen und -bildner etc.) beurteilt und welche Art der Förderung(en) sich die Staatsregierung für den Kulturbereich weiter vorstellen könnte?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind die bisher von Staatsregierung, Freistaat und Naturschutzfonds eingesetzten finanziellen Mittel für die von der ehemaligen Frau Staatsministerin Ulrike Scharf am 4. Juli 2016 gemeinsam mit dem BUND Naturschutz in Bayern e. V., dem Landesbund für Vogelschutz e. V. und der Stiftung Mensch & Umwelt ins Leben gerufenen Projekte („Bäume in der Stadt“, „Der Spatz als Botschafter der Stadtnatur“ und „Bayern summt! Wir tun was für Bienen“) jeweils für die einzelnen Projekte, konnten diese Projekte mit den bisher von Staatsregierung, Freistaat und Naturschutzfonds eingesetzten finanziellen Mitteln vollständig umgesetzt werden und wie hoch ist die zukünftige finanzielle und inhaltliche Unterstützung seitens Staatsregierung, Freistaat und Naturschutzfonds für diese drei Projekte?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, ob es ein Protokoll von dem Treffen am 20. November 2019 zwischen Herrn Kindler, den beiden Wirecard-Vertretern Herrn Ley und Herrn von Knoop sowie dem Chef der Staatskanzlei Herrn Dr. Florian Herrmann gibt, wenn ja, welchen Inhalt dieses hat (bitte das Protokoll zur Verfügung stellen) und welche Wortbeiträge Herr Kindler, Herr Dr. Herrmann, Herr Ley und Herr von Knoop in diesem Gespräch gemacht haben?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, da in einer Pressemitteilung vom 7. Oktober 2020 des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie zu lesen war, dass für das Förderprogramm Digitalbonus in den kommenden drei Jahren jeweils jährlich 60 Mio. Euro zur Verfügung stehen werden, auf welcher Grundlage die Staatsregierung die jährliche Fördertranche festgelegt hat und ob – im Lichte der Coronakrise – eine Veränderung bei den Förderhöchstsummen bzw. den Förderquoten in den jeweiligen Varianten des Förderprogramms angestrebt wird?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle von radioaktiv kontaminiertem Material wurden in den letzten fünf Jahren auf Deponien in Bayern festgestellt, bei wie vielen Vorfällen gab es einen Zusammenhang mit der Lieferung spezifisch freigegebener Abfälle aus kerntechnischen Anlagen und welche Deponien in Bayern verfügen über Einrichtungen zur Überwachung von Fahrzeugen und Ladungen auf das Vorhandensein von radioaktivem Material?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bayern hat am 19.03.2020 eine Allgemeinverfügung erlassen, um in der Corona-Pandemie elektive Eingriffe und geplante Behandlungen in Krankenhäusern zu verschieben sowie am 24.03.2020 im Rahmen des Notfallplans für die Corona-Pandemie eine Allgemeinverfügung zur Bewältigung erheblicher Patientenzahlen in Krankenhäusern erlassen. Die Allgemeinverfügungen richten sich an sämtliche Plankrankenhäuser, Hochschulkliniken, Krankenhäuser mit Versorgungsvertrag nach § 109 Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V), an Einrichtungen der Rehabilitation und Vorsorge der gesetzlichen Rentenversicherung, der gesetzlichen Unfallversicherung und solche mit Verträgen nach §§ 111 und 111a SGB V sowie an reine Privatkliniken mit Zulassung nach § 30 Gewerbeordnung (GewO).

Privatkliniken mit Zulassung nach § 30 GewO wurden durch die Allgemeinverfügungen des Freistaates Bayern in der Coronakrise angehalten, freie Bettenkapazitäten vorzuhalten. Diese erhalten Ausgleichszahlungen in Höhe von 280 Euro pro Tag und Bett für den Zeitraum vom 16.03.2020 bis 31.07.2020 vom Freistaat (Sonderfonds Corona-Pandemie). Der Anspruch läuft, sollten Privatkliniken vor dem Ende dieser Frist aus der Pflicht zur Bereithaltung und zum Aufschub planbarer Eingriffe entlassen werden, drei Wochen nach Wirksamwerden dieser Entscheidung aus, spätestens aber zum 31.07.2020.

Die Höhe der Ausgleichszahlung ist wesentlich niedriger als die für die Krankenhäuser, die im Krankenhausplan des Freistaates Bayern aufgenommen sind (hier waren es 560 Euro je Bett und Tag aus Mitteln der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds, die Grundlage ist das „COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz“).

Daneben wurden auch Unfallkliniken durch die Allgemeinverfügungen des Freistaates Bayern in der Coronakrise angehalten, freie Bettenkapazitäten für COVID-19-Patientinnen und -Patienten vorzuhalten und alle nicht notwendigen Behandlungen und Operationen, soweit medizinisch vertretbar, zu verschieben.

Den Einrichtungen soll dabei kein bleibender finanzieller Nachteil für ihren Einsatz entstehen und ihre Liquidität infolge der Corona-Pandemie nicht gefährdet werden.

Wir fragen die Staatsregierung:

1.

a) Wie begründet die Staatsregierung die geringeren Ausgleichszahlungen von 280 Euro pro Tag und Bett für Privatkliniken gegenüber den anderen Krankenhäusern?

b) Wie wurde dies an die Privatkliniken kommuniziert (bitte Zeitpunkt mit angeben)?

c) Sind diese Zahlungen schon ausbezahlt worden?

2.

a) In welcher Höhe sind Ausgleichszahlungen bzw. Entschädigungen seitens des Freistaates Bayern für Unfallkliniken vorgesehen?

b) Sind diese bereits ausgezahlt worden?

c) Wenn keine Ausgleichszahlungen vorgesehen sind, warum nicht?

3.

a) Gibt es gegebenenfalls noch andere Kliniken, die angehalten wurden, in Bayern freie Betten für COVID-19-Patientinnen und -Patienten vorzuhalten, aber keine Ausgleichszahlungen seitens des Freistaates oder Bundes erhalten?

b) Welchen Handlungsbedarf sieht die Staatsregierung im Falle der Unfallkliniken, Reha-Einrichtungen und Privatkliniken?

c) Warum wurden für Privatkliniken sowie auch Reha-Einrichtungen Zuwendungsrichtlinien seitens des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege erlassen, in die aber Unfallkliniken nicht aufgenommen sind?

4.

a) Wie weit wurden die „reservierten“ Bettenkapazitäten für potenzielle COVID-19-Patientinnen und -Patienten in Plankrankenhäusern, in Hochschulkliniken, in Krankenhäusern mit Versorgungsvertrag nach § 109 SGB V, in Einrichtungen der Rehabilitation und Vorsorge der gesetzlichen Rentenversicherung, der gesetzlichen Unfallversicherung und in solchen mit Verträgen nach §§ 111 und 111a SGB V sowie in reinen Privatkliniken mit Zulassung nach § 30 GewO genutzt (bitte getrennt in Prozent ausführen)?

b) Wie stellt die Staatsregierung sicher, dass bei erneutem Katastrophenfall genügend Betten zur Verfügung gestellt werden, insbesondere von Kliniken, die gegebenenfalls trotz der Pflichten aus der Allgemeinverfügung bisher keinen Anspruch auf Ausgleichszahlungen hatten?

5.

a) Wie viele Intensivbetten mit Beatmungsgeräten befinden sich derzeit in allen bayerischen Kliniken?

b) Wie viele Beatmungsgeräte wurden in bayerischen Einrichtungen angekauft?

c) Wie viele Beatmungsgeräte wurden tatsächlich auch in Betrieb genommen?

6.

a) Wie viele neue Beatmungsplätze wurden über den Gesundheitsfonds mit 50.000 Euro pro Stück gefördert (bitte getrennt nach Kliniken ausführen)?

b) Wie viele der neu gekauften Beatmungsgeräte tauchen nicht im DIVI-Intensivregister auf bzw. wurden nicht gemeldet (bitte begründen)?

7.

a) Geht die Staatsregierung davon aus, dass die entstandenen Kosten im Zusammenhang mit COVID-19 in allen Einrichtungen in Bayern (s. o. Punkt 4) durch die derzeitigen Maßnahmen (vom Bund und Freistaat Bayern) gedeckt werden?

b) Wenn ja, auf welcher Grundlage wird die Aussage getroffen bzw. wenn nein, für welche nicht?

c) Wie wird die Staatsregierung weiter vorgehen, insbesondere auch nach dem 30.09.2020?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, entspricht es den Tatsachen, dass zum Erweiterungsantrag der bestehenden Abbaugenehmigung des Steinbruches in Nussdorf keine öffentliche Anhörung, wie vom Gesetz vorgesehen, bei der zuständigen Behörde stattfinden soll, welche rechtlichen Bestimmungen würden einen Verzicht auf diese öffentliche Anhörung erlauben und welche Alternativen werden diesbezüglich erwogen?

Sebastian Körber
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie die vorgetragenen Bedenken betreffend Mietvertrag/Mietpreishöhe der Immobilien Freistaat Bayern vom 16.03.2017 bzw. des Deutschen Museums vom 25.09.2017 durch die Staatsregierung, insbesondere durch die beteiligten ehemaligen Staatsminister Dr. Markus Söder und Dr. Ludwig Spaenle, bewertet wurden, welche Termine zwischen dem ehemaligen Staatsminister Dr. Markus Söder und dem Investor/Bauherrn Gerd Schmelzer im Zeitraum der Jahre 2014 bis 2017 stattgefunden haben und warum der Zuschuss unproportional zur erhöhten Ausstellungsfläche im Zeitraum 2016 und 2017 von 10,9 Mio. Euro auf 19,6 Mio. Euro gesteigert worden ist?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, sind bislang Lieferengpässe bei der flächendeckenden Versorgung mit dem für diese Saison notwendigen Influenza-Impfstoff bekannt und falls ja, wann werden diese behoben sein und was unternimmt die Staatsregierung, um die Versorgung mit Influenza-Impfstoff flächendeckend und ohne Verzögerungen zu gewährleisten?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da die Bayerische Schlösserverwaltung die Durchführung von Kulturveranstaltungen in den Arkaden des Hofgartens mit der Begründung verhindert, den „Charakter des Hofgartens als Gartenkunstwerk zu erhalten und zu schützen“, der Süddeutschen Zeitung vom 7. Mai 2020 jedoch zu entnehmen war, dass für die Internationale Automobilausstellung (IAA) „auch der Freistaat Flächen zur Verfügung“ stelle, „und zwar im Hofgarten“, frage ich die Staatsregierung, wie sie die Genehmigung der Nutzung des Gartenkunstwerks Hofgarten durch die IAA begründet, wie die Staatsregierung die Nichterteilung einer Genehmigung für die Literatur-Lesereihe „Meine drei lyrischen Ichs“ begründet, welche pandemiebedingt dringend Außenflächen suchte, am 2. Oktober 2020 jedoch eine finale Absage erhielt, obschon sich die Schlösserverwaltung „es sich zur Aufgabe gemacht [hat], die historischen Bauten und Anlagen zu öffnen und zu beleben“

[\(https://www.schloesser.bayern.de/deutsch/ueberuns/\)](https://www.schloesser.bayern.de/deutsch/ueberuns/) und welche Außenflächen des Freistaates seit Pandemiebeginn für kulturelle Zwecke seit März zur Verfügung gestellt wurden (bitte mit Angabe von Mietkosten, Mietnebenkosten, Überlassungs- bzw. Nutzungszweck und Ort)?

Stefan Löw
(AfD)

Nachdem im Jahr 2018 vom Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration sieben Tätergruppen ans Bundeskriminalamt gemeldet wurden, die als „Clanstrukturen im weiteren Sinne“ zu sehen seien, frage ich die Staatsregierung, um welche Tätergruppen handelt es sich (Nationalität, Struktur), für welche Straftaten werden diese Tätergruppen verantwortlich gemacht und welche Nationalität, Struktur und Straftatschwerpunkte haben „Tätergruppen mit familiärem Bezug“, die in Bayern aktiv sind?

Christoph Maier
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich linke Gegendemonstranten anlässlich des Besuchs des mobilen Bürgerbüros der AfD-Fraktion in Lindau am Freitag, den 09.10.2020, mit großen Banner so unmittelbar vor das Mobil stellten, dass der Zugang für Passanten stark erschwert wurde und auch der Schirm nicht aufgespannt werden konnte, frage ich die Staatsregierung, wie viel Zeit verstrich vom Anruf der AfD-Mitarbeiterin, die den Sachverhalt schilderte, bis zum Zeitpunkt, in dem Einsatzkräfte die Gegendemonstranten auf einen anderen, wohl genehmigten Platz verwiesen, warum die Einsatzkräfte nicht sofort die Behinderung unterbanden und ob es zutrifft, dass sich das AfD-Infomobil nicht auf dem genehmigten Stand befand, wie in der Lokalpresse behauptet wurde?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, an welchem Datum hat die Staatsregierung der Europäischen Kommission die Einrichtung des BayernFonds gemäß EU-Verordnung 2015/1589 Art. 2 zum ersten Mal mitgeteilt, an welchem Datum hat die Europäische Kommission die Anmeldung des BayernFonds gemäß EU-Verordnung 2015/1589 Art. 4 Abs. 5 für vollständig erklärt (keine weiteren Informationen angefordert) und wurde die Entscheidungsfrist gemäß EU-Verordnung 2015/1589 Art. 4 Abs. 5 verlängert?

Helmut Markwort
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnisse sie besitzt, dass der ehemalige Polizeipräsident von Bayern, Waldemar Kindler, mit der Wirecard AG oder einer ihrer Tochtergesellschaften einen Honorar- oder Beratervertrag hatte, ab wann sie gegebenenfalls davon wusste (bitte jeweilige Staatsministerien nennen) und welche Konsequenzen sie gegebenenfalls daraus gezogen hat?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wurde in dem Gespräch mit dem Leiter der Staatskanzlei Dr. Florian Hermann am 20.11.2019 mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirecard AG besprochen, ob die Wirecard AG (oder Tochterunternehmen) mögliche Aufgabenbereiche im Rahmen der Legalisierung des Online-Glücksspiels übernehmen soll, wenn ja welche, und welche Gespräche wurden seit 2008 auf Vermittlung des ehem. Polizeipräsidenten Wolfgang Kindler mit der Staatsregierung vereinbart (bitte jeweils angeben unter der Nennung des Gesprächspartners, Datum des Treffens, Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gesprächs sowie angesprochene Themen)?

Hep Monatzeder
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche in der Projektliste des Forecast der entwicklungspolitischen Aktivitäten der Staatsregierung für 2019 vom 04.09.2019 (Vollzug der Drs. 17/6261) genannten entwicklungspolitischen Maßnahmen der Staatskanzlei für die Region Asien wurden 2019 tatsächlich wie vorgesehen durchgeführt, welche dieser Maßnahmen wurden auch 2020 fortgesetzt und welche neuen Maßnahmen sind 2020 ggf. hinzugekommen (bitte Nennung mit Projekttitel, Träger, Fördersumme und Förderzeitraum)?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was unternimmt sie hinsichtlich dem erforderlichen Ausbau der regionalen Stromnetzkapazitäten im Mittel- und Hochspannungsbereich, wie unterstützt sie dabei die Netzbetreiber, um den notwendigen Zuwachs regenerativer Stromerzeugung durch private Akteure auch standortnah und damit wirtschaftlich vertretbar aufnehmen zu können und wie ist der Zustand der lokalen und regionalen Mittel- bis Hochspannungsnetze in den Regierungsbezirken Bayerns?

Alexander Muthmann
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr über die Nutzung der Corona-Warn-App im Freistaat Bayern vorliegen (bitte falls vorliegend Nennung der Nutzungsentwicklung innerhalb des Freistaates seit Einführung der App), in welcher Form der Freistaat in seiner Funktion als Dienstherr gegenüber den Beamten und Angestellten eine Empfehlung zum Download und zur Nutzung dieser App ausgesprochen hat und welche Erhebungen dem Freistaat Bayern darüber vorliegen, wie oft die in Gaststätten erhobenen Kontaktdaten bereits zur Nachverfolgung von Infektionsketten tatsächlich genutzt wurden?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob es inzwischen eine rechtlich verbindliche Zusage zur staatlichen Beteiligung am kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs gibt, ob sich die Finanzierungszusage seitens des Freistaates seit unseren letzten Anfragen von Februar 2020 erhöht hat und von wem die verbleibenden Restkosten von mindestens 320 Mio. Euro vor dem Hintergrund der bisherigen unverbindlichen Zusage über lediglich 340 Mio. Euro durch den Freistaat aufzubringen sind?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung darüber vor, dass in Bayern Corona-Soforthilfeanträge gestellt wurden, bei denen wegen Verdacht auf Betrug ermittelt wird, in denen die Wirecard AG in den Ermittlungen eine Rolle spielt (bitte jeweils angeben mit Anzahl der Fälle, Datum des eingereichten Soforthilfeantrags und ob die jeweilige Soforthilfe jeweils ausgezahlt wurde), welche Rolle hat die Wirecard AG mutmaßlich in den jeweiligen Fällen jeweils beim Betrug gespielt und in welchen der Fälle haben Antragstellerinnen und Antragsteller auf Corona-Soforthilfe in Bayern eine Bankverbindung mit einer virtuellen IBAN angegeben, die einem Konto der Wirecard Bank AG zugeordnet werden konnte (bitte jeweils angeben mit Summe der beantragten Soforthilfe, dem Antragsdatum und ob die Soforthilfe jeweils ausgezahlt wurde)?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Jugendwohnheime für Blockschülerinnen und -schüler stehen in Folge der staatlichen Betretungsverbote in der Corona-Pandemie vor dem Aus (bitte mit Nennung von Standort und Träger), welche Kommunen haben mit den Trägern von Wohnheimen in ihrem Zuständigkeitsbereich eine Vereinbarung getroffen, dass die Finanzierung auch für die Zeiten der Betretungsverbote sichergestellt wird und auch in den Tagen ohne Blockschülerbelegung ein Anteil der sonst anfallenden Unterkunfts- und Verpflegungskosten übernommen wird und welche Kommunen haben mit ihren Trägern keine entsprechende Vereinbarung getroffen (bitte mit Nennung der jeweils örtlich betroffenen Träger sowie der Gründe für die fehlende Vereinbarung)?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Beamte und Tarifbeschäftigte der bayerischen Polizei befinden sich aktuell in Corona-Quarantäne, wie viele unter ihnen sind mit dem Coronavirus infiziert (bitte die Fragen 1 und 2 nach Polizeiverbänden aufschlüsseln) und welche Auswirkungen hat dies auf die Arbeitsfähigkeit der jeweiligen Polizeiverbände?

Florian Ritter
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele antisemitische Straftaten gab es in den letzten zehn Jahren pro Jahr in Bayern und wie hoch war die Aufklärungsquote jeweils?

Dr. Martin Runge
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Wirecard AG sorgte immer wieder für negative Schlagzeilen. So war das Unternehmen bereits kurz nach seiner Gründung – Kerngeschäftsfeld war damals die Abwicklung von bargeldlosem Zahlungsverkehr für Kunden und Anbieter von Porno- und Glücksspielseiten – mit Vorwürfen wegen Kursmanipulation, Bilanzfälschung und Geldwäsche konfrontiert. Besonders in den Jahren 2008 bis 2012 gab es jede Menge an substanziellen Hinweisen auf kriminelles Handeln, wie das Täuschen von Investoren und Kreditgebern über erfundene Umsätze und vorgetäuschte Gewinne. Auch fehlte es nicht an Hinweisen und Anzeigen wegen Geldwäsche im großen Stil, im Wesentlichen begangen über Mitwirkung an illegaler Glücksspiel-Finanzierung über das Umcodieren von Händleraccounts. Und auch schon damals ging die Wirecard AG gegen die Personen, die es wagten, Geschäftsmodell und Aktivitäten der Wirecard AG kritisch zu hinterfragen und ebenso kritisch darzustellen, mit großer Härte und Aggressivität vor: Observationen mit Phishing-Mails und auf anderem Wege, Bedrohungen und Strafanzeigen waren erste Mittel der Wahl.

Das Vorgehen von Finanzaufsicht wie auch von Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden bezüglich der Vorwürfe gegen die Wirecard AG und umgekehrt deren Vorwürfe gegen ihre Kritiker war meist von bemerkenswerter Einseitigkeit gekennzeichnet. Während man mit großem Eifer den Anzeigen der Wirecard AG nachging, wurde den Vorhaltungen gegen die Wirecard AG augenscheinlich wenig Beachtung geschenkt. Dieses Muster zog sich bis zuletzt mit den Strafanzeigen der Bundesanstalt für Fi-

nanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und dem Verfolgungseifer der Staatsanwaltschaft München I gegen zwei Journalisten der Financial Times und fünf britische Börsenhändler aus dem April 2019 durch.

Im Zusammenhang mit der Aufsicht über die Wirecard AG und mit einschlägigen Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen stelle ich in Fortführung meiner Anfragen Wirecard I bis V vom 28.07.2020 folgende Fragen:

1. a) In welchem Umfang ermittelten die Staatsanwaltschaften, insbesondere die Staatsanwaltschaft München I, gegen Verantwortliche der Wirecard AG und der Wirecard Bank AG wegen des Verdachts der Geldwäsche nach Eingang dreier einschlägiger Anzeigen im 1. Halbjahr 2010 („Strafanzeige wegen Geldwäsche in Milliardenhöhe bei der Wirecard AG und der Wirecard Bank AG“ von „T. S.“ vom 08.02.2010, Anzeige von „T.-T. N.“ vom 30.03.2010 wegen Geldwäsche bei der Wirecard AG und Anzeige vom 29.04.2010 von „P. M.“ mit den Vorwürfen „illegaler Zahlungsabwicklungen im Bereich Internet-Glücksspiel“ und „Marktmanipulation“ durch die Wirecard AG)?

b) Wurden die einschlägigen Ermittlungsverfahren über Vorermittlungen hinaus geführt?

c) Was waren hier die Ergebnisse?

2. a) Mit welchen Behörden tauschte sich die Staatsanwaltschaft München I im Kontext mit den drei in Frage 1 a) genannten Anzeigen und den einschlägigen Ermittlungen aus?

b) Was waren die Ergebnisse dieses Austauschs?

3. a) Wurden im Zusammenhang mit den drei in Frage 1 a) genannten Anzeigen und den einschlägigen Ermittlungen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Wirecard AG oder der Wirecard Bank AG als Zeugen oder als Beschuldigte von bayerischen Ermittlungsbehörden befragt?

b) Mit welchen Ergebnissen?

c) Bzw. falls Frage 3 a) zu verneinen ist, weshalb nicht?

4. a) Wurde das im Zusammenhang mit den drei in Frage 1 a) genannten Anzeigen der Staatsanwaltschaft München I übermittelte Schreiben von Mastercard an eine Vertreterin der Wirecard Bank vom 27.01.2010, betitelt mit „Re: Noncompliance with Mastercard Standards“, das Vorwürfe gegen die Wirecard Bank AG wegen der Mitwirkung an illegaler Glücksspiel-Finanzierung über das Umcodieren von Händleraccounts thematisierte, auf Echtheit überprüft?

b) Mit welchem Ergebnis?

c) Falls Frage 4 a) zu verneinen ist, weshalb nicht?

5. Gab es im Zusammenhang mit den drei in Frage 1 a) genannten Anzeigen und den einschlägigen Ermittlungen seitens der Staats-

anwaltschaft München I oder anderer bayerischer Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden Kontaktaufnahmen mit VISA oder Mastercard, um Erkundigungen über deren Zusammenarbeit mit der Wirecard AG und der Wirecard Bank AG und deren einschlägige Erkenntnisse einzuholen?

6. a) Wie viele Verdachtsmeldungen zu Geldwäsche im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der Wirecard AG bzw. der Wirecard Bank AG hat die in Köln ansässige Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen („Financial Intelligence Unit“, FIU) bis zum Jahr 2017 an die Staatsanwaltschaft München I und an das Landeskriminalamt (BLKA) weitergegeben?

b) Wie ging man bei der Staatsanwaltschaft München I und beim BLKA mit diesen Verdachtsmeldungen jeweils um?

Dr. Martin Runge
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, weshalb hat die Staatsregierung in ihren Antworten vom 24.09.2020 und vom 29.09.2020 auf die Frage, was seitens der Staatsregierung veranlasst wurde nach Zugang und Kenntnisnahme der Information, Markus Braun, langjähriger Vorstandsvorsitzender der Wirecard AG würde über weitere Identitäten (sog. echte/falsche Identitäten – darunter ist zu verstehen, dass es sich bei Dokumenten wie etwa Reisepass, Führerschein oder Geburtsurkunde um authentische Originaldokumente handelt. Diese hoheitlichen Originaldokumente werden beispielsweise nach dem Tod des rechtmäßigen Inhabers neu, einerseits mit dem Namen des verstorbenen Inhabers, andererseits aber mit Bild, Fingerabdruck und biometrischen Daten des „neuen“ Inhabers ausgestellt.) verfügen und Zugriff haben auf Konten in Singapur mit Guthaben in zweistelliger Millionenhöhe (enthalten in der schriftlichen Anfrage Wirecard V und dann in der Anfrage zum Plenum anlässlich der Plenarwoche in der 39. KW 2020 – Drs. 18/10152) nicht erwähnt, dass ein Schreiben mit der entsprechenden Information vom zuständigen Fachsachgebiet im Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI) am frühen Vormittag des 24.07.2020 dem Polizeipräsidium München zur weiteren Sachbearbeitung übergeben worden ist und die dort gegründete Ermittlungsgruppe „Treuhand“ die Information im Anschluss noch am selben Tag an die Staatsanwaltschaft München I weitergeleitet hat und wie erklärt die Staatsregierung, dass sich die Staatsanwaltschaft München I, bei der das Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Wirecard AG geführt wurde und geführt wird, erst mit Mail vom 06.08.2020 an den Tippgeber aus Singapur zu den weiteren Identitäten von Markus Braun und eines weiteren im Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Wirecard AG Beschuldigten gewandt hat, obwohl das Fachsachgebiet im StMI bereits am 24.07.2020 das entsprechende Schreiben dem Polizeipräsidium München zur weiteren Sachbearbeitung übergeben hatte und die dort gegründete Ermittlungsgruppe „Treuhand“ die Information im Anschluss noch am selben Tag an die Staatsanwaltschaft München I weitergeleitet hatte?

Die Wirecard AG sorgte immer wieder für negative Schlagzeilen. So war das Unternehmen bereits kurz nach seiner Gründung – Kerngeschäftsfeld war damals die Abwicklung von bargeldlosem Zahlungsverkehr für Kunden und Anbieter von Porno- und Glücksspielseiten – mit Vorwürfen wegen Kursmanipulation, Bilanzfälschung und Geldwäsche konfrontiert. Besonders in den Jahren 2008 bis 2012 gab es jede Menge an substanziellen Hinweisen auf kriminelles Handeln, wie das Täuschen von Investoren und Kreditgebern über erfundene Umsätze und vorgetäuschte Gewinne. Auch fehlte es nicht an Hinweisen und Anzeigen wegen Geldwäsche im großen Stil, im Wesentlichen begangen über Mitwirkung an illegaler Glücksspiel-Finanzierung über das Umcodieren von Händleraccounts. Und auch schon damals ging die Wirecard AG gegen die Personen, die es wagten, Geschäftsmodell und Aktivitäten der Wirecard AG kritisch zu hinterfragen und ebenso kritisch darzustellen, mit großer Härte und Aggressivität vor: Observationen mit Phishing-Mails und auf anderem Wege, Bedrohungen und Strafanzeigen waren erste Mittel der Wahl.

Das Vorgehen von Finanzaufsicht wie auch von Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden bezüglich der Vorwürfe gegen die Wirecard AG und umgekehrt deren Vorwürfe gegen ihre Kritiker war meist von bemerkenswerter Einseitigkeit gekennzeichnet. Während man mit großem Eifer den Anzeigen der Wirecard AG nachging, wurde den Vorhaltungen gegen die Wirecard AG augenscheinlich wenig Beachtung geschenkt. Dieses Muster zog sich bis zuletzt mit den Strafanzeigen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und dem Verfolgungseifer der Staatsanwaltschaft München I gegen zwei Journalisten der Financial Times und fünf britische Börsenhändler aus dem April 2019 durch.

Im Zusammenhang mit der Aufsicht über die Wirecard AG und mit einschlägigen Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen stelle ich in Fortführung meiner Anfragen Wirecard I bis V vom 28.07.2020 folgende Fragen:

1. a) Inwiefern und ggf. wie weit ermittelte eine Staatsanwaltschaft in Bayern gegen die Wirecard AG bzw. gegen Verantwortliche der Wirecard AG, nachdem im Jahr 2017 in der Süddeutschen Zeitung und im Norddeutschen Rundfunk darüber berichtet worden war, dass die Wirecard AG über eine Briefkastenfirma der Kanzlei Mossack Fonseca für den Sportwettenanbieter Tipico ein Konto geführt habe, über das Ein- und Auszahlungen für illegale Onlinekasino-Spiele, u. a. für die in Deutschland verbotene Pokerwebseite „Adam Eve Poker“, abgewickelt werden würden?
- b) Was war ggf. das Ergebnis dieser Ermittlungen?
2. a) Ermittelte die Regierung von Niederbayern als für Geldwäsche in Ober- und Niederbayern zuständige Behörde gegen die Wirecard AG bzw. gegen Verantwortliche der Wirecard AG, nachdem im Jahr 2017 in der Süddeutschen Zeitung und im

Norddeutschen Rundfunk darüber berichtet worden war, dass die Wirecard AG über eine Briefkastenfirma der Kanzlei Mossack Fonseca für den Sportwettenanbieter Tipico ein Konto geführt habe, über das Ein- und Auszahlungen für illegale Onlinekasino-Spiele, u. a. für die in Deutschland verbotene Pokerwebseite „Adam Eve Poker“, abgewickelt werden würden?

b) Was war ggf. das Ergebnis dieser Ermittlungen?

Einschub: die Fragen 3 bis 7 dienen der Konkretisierung bzw. Ergänzung der Frage 5 in der schriftlichen Anfrage Wirecard I vom 28.07.2020.

3. a) Gegen wie viele Personen wurde im Zeitraum 2010 bis 2017 von Seiten der Staatsanwaltschaften in Bayern ermittelt wegen Verdachts der Marktmanipulation in Aktien der Wirecard AG bzw. wegen Insiderhandels im Zusammenhang mit Aktien der Wirecard AG?

b) In wie vielen diesbezüglichen Verfahren kam es zur Anklage?

c) Wie viele Verfahren wurden eingestellt, beispielsweise nach § 153a Strafprozessordnung (StPO)?

4. a) In wie vielen der in Frage 3 a) abgefragten Fälle kam es zum Hauptverfahren?

b) Was waren die Ergebnisse dieser Hauptverfahren?

5. Wie viele der in Frage 3 a) abgefragten Ermittlungsverfahren wurden aufgenommen, nachdem Mitarbeiter oder Bevollmächtigte der Wirecard AG den Staatsanwaltschaften in Bayern Hinweise gegeben bzw. konkrete Anzeigen gestellt hatten?

6. a) Trifft es zu, dass Informationen, die zu den Verfahren 2010 bis 2012 gegen sogenannte Börsenjournalisten geführt haben, von Vertretern der Wirecard AG der Staatsanwaltschaft München I übermittelt wurden?

b) Hatten sich Vertreter der Wirecard AG vor der Beantragung der Durchsuchungsbeschlüsse gegen sogenannte Börsenjournalisten mit Vertretern der Staatsanwaltschaft München I getroffen?

c) Wie häufig?

7. a) Wurde ggf. im Zusammenhang mit den in Frage 6 b) abgefragten Treffen auch belastendes Material übergeben?

b) Wurde seitens der Staatsanwaltschaft München I jemals hinterfragt, auf welchem Wege die Vertreter der Wirecard AG zu den entsprechenden Informationen gelangt sind?

c) Was war dann das Ergebnis?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist der Frauenanteil in oberen Führungspositionen (erste und zweite Führungsebene) in Staatsministerien, den Landesbehörden, den landeseigenen Betrieben sowie staatlich beaufsichtigten Institutionen und Körperschaften und wie hat sich dieser Wert in den letzten fünf Jahren entwickelt?

Jan Schiffers
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen werden bei manchen Personen Rachenabstriche gemacht und bei anderen Personen Nasenabstriche, über welche Ausbildung muss das Personal für Rachen- oder Nasenabstriche verfügen und wer übernimmt die Haftung für den Fall, dass gesundheitliche Schäden oder Folgen durch die Abstriche verursacht werden?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Hygiene- und Schutzmaßnahmen für betriebliche Unterkünfte wurden gemäß § 16 7. Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (7. BayIfSMV) durch Kreisverwaltungsbehörden angeordnet (bitte jeweilige Behörde und Maßnahme nennen), wieso gelten für betriebliche Unterkünfte nicht die gleichen Regelungen wie für Beherbergungen nach §14 Abs. 1 7. BayIfSMV und welche Maßnahmen müssen in betrieblichen Unterkünften umgesetzt werden, wenn der 7-Tages-Inzidenzwert auf über 35 bzw. über 50 infizierte Personen pro 100 000 Einwohner in einem Landkreis ansteigt?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit sie Informationen über die Örtlichkeiten (bitte aufgeschlüsselt nach Ansteckungszahlen in Gastronomie, Beherbergung, im Ausland, Kulturveranstaltungen, Sportveranstaltungen, Sporttreiben im Freien, Sporttreiben in geschlossenen Räumen, private Feiern, private Haushalte, öffentlicher Raum, Einzelhandel, ÖPNV, SPNV, Demonstrationen, Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge, Schulen und Kindertageseinrichtungen), an denen sich Menschen mit dem Coronavirus infizieren, besitzt, inwieweit der Staatsregierung Daten über das Infektionsgeschehen zwischen beruflichen und privaten Kontexten hinsichtlich der Situationen, in denen sich Menschen angesteckt haben, vorliegen (bitte nach beruflichem und privatem Umfeld aufschlüsseln) und ob die Staatsregierung gedenkt das Infektionsgeschehen bezüglich der genannten Parameter genauer auszuwerten?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung vor dem Hintergrund, dass uns die Corona-Pandemie jetzt schon mehr als acht Monate begleitet, was sind nach bisherigen Erkenntnissen die statistischen Hauptübertragungswege und Cluster (bitte einzeln mindestens nach Bezirk auflisten, also z. B. private Party, Arbeitsplatz, Schule, ÖPNV, etc.), auf welche Weise fließen diese Erkenntnisse dann jeweils in das konkrete Regierungshandeln ein (bitte an konkreten Beispielen deutlich machen) und wie haben sich die verschiedenen Übertragungswege der Ansteckung – nach Auswertung der regionalen Lageberichte der Gesundheitsämter – in den letzten drei Monaten verändert?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kosten haben die drei Kampagnen Bayern glüht, Wiesn dahoam und Biergarten-Tour jeweils verursacht, für was genau wurden diese Mittel verwendet und wie bewertet die Staatsregierung den Erfolg der einzelnen Kampagnen?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Intensivpflegebetten mit invasiver Beatmung stehen in Bayern aktuell zur Verfügung, wie viele dieser Intensivpflegebetten könnten für die Übernahme von Intensivpatientinnen und -patienten aus anderen, stark betroffenen Mitgliedstaaten der EU zur Verfügung gestellt werden und gibt es hierfür bereits Anfragen aus stark betroffenen EU-Mitgliedstaaten?

Christoph Skutella
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchem Ergebnis ist die Landeskartellbehörde bezüglich der Prüfung des Wettbewerbs am Rundholzmarkt gekommen, nachdem sie „aufgrund der neuerlichen Beschwerde des Verbands der Rundholzhändler e. V. Ende Juni 2020 unter Berufung auf neue Tatsachen und konkrete Einzelfälle in eine erneute Prüfung der Problematik eingetreten ist“, wie am 11.08.2020 in der Passauer Neuen Presse veröffentlicht wurde?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es eine Machbarkeitsstudie für die künftige Nutzung des Michelin-Geländes in Hallstadt bei Bamberg (jenseits des bereits in Planung befindlichen Energienutzungsplans), soll auch ein CleanTech Hub für eine Kreislaufwirtschaft der Zukunft entstehen (Weiterentwicklung der Ressourceneffizienz-Zentren [REZ] ab April 2022) und wird – analog zur Förderung des Energienutzungsplans mit 77.800 Euro – auch eine aktuelle oder künftige Machbarkeitsstudie für das Gesamtgelände vom Freistaat gefördert?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Angeichts der in der jüngsten Kultusministerkonferenz (KMK) gefassten Beschlüsse frage ich die Staatsregierung insbesondere mit Blick auf die „politischen Vorhaben“¹, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen, wie der Entwicklungsstand Bayerns jeweils im Vergleich zu den gefassten Zielsetzungen aktuell ist (bitte auf die Einzelvorhaben, wie etwa „Gemeinsame Strategie zur Datennutzung“, auch separiert im Einzelnen eingehen), welche konkreten Maßnahmen jeweils zur Zielerreichung in Bayern geplant, schon in Umsetzung bzw. noch zu diskutieren sind und mit welcher Umsetzungsdauer die Staatsregierung aus aktueller Sicht jeweils rechnet?

Diana Stachowitz
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Initiativen auf Landesebene zwischen den Jahren 2015 und einschließlich 2020 mit welchen Ergebnissen durchgeführt wurden, um dem Fachkräftemangel in Kitas und Schulen zu begegnen (bitte nach Jahren und Einzelmaßnahmen aufgliedert angeben)?

¹ https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2020/2020_10_15-Politische-Vorhaben-LV.pdf

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Behältnissen und mit welcher Genehmigung wurden die beschädigten Brennstäbe aus Abklingbecken im Atomkraftwerk Isar I ins Atomkraftwerk Isar II transportiert und wann fand dieser Transport statt?

Dr. Simone Strohmayer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Förderunterricht und Brückenangebote haben seit Schuljahresbeginn in den Schulen in Bayern stattgefunden, wer hat sie erteilt und wie viele Schülerinnen und Schüler haben daran teilgenommen (bitte für Bayern und die Regierungsbezirke getrennt ausweisen)?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche landesrechtlichen Regelungskompetenzen liegen bei der Staatsregierung im Bereich Energie- und Klimaschutzrecht, um die Treibhausgasemissionen in Bayern direkt und indirekt zu beeinflussen, welche konkreten Vorgaben zum Klimaschutz könnten in den Bereichen Kommunal-, Landesplanungs- und Bauordnungsrecht, für die den Ländern die alleinige Gesetzgebungskompetenz zusteht, getroffen werden und haben die Bundesländer bei der Einbeziehung und Verpflichtung der Kommunen in den oben genannten Bereichen Kompetenzen, über die der Bund nicht verfügt?

Arif Taşdelen
(SPD)

Nachfolgend zur Antwort der Staatsregierung auf meine Anfrage zum Plenum vom 12.10.2020 (Drs. 18/10694), frage ich die Staatsregierung, welches sind die vier Unternehmen mit einer 100-prozentigen Beteiligung des Freistaates Bayern, die keinen Tarifvertrag haben, welches sind jeweils die Gründe dafür und wie bewertet die Staatsregierung den Sachverhalt?

Anna Toman
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wurden den Schulen zum Schuljahr 2020/2021 Rahmenbedingungen für die Notbetreuung im Fall des Eintretens von Wechselunterricht oder Schulschließung vorgegeben, welche Rahmenbedingungen sind dies im jeweiligen Fall und ist die Notbetreuung für die einzelnen Schularten unterschiedlich geregelt?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum verliert Fürstenfeldbruck ab 14.12.2020 den einzigen Regionalzughalt um 6.59 Uhr mit nur 18 Minuten Fahrzeit zum Münchner Hauptbahnhof (Zug Kempten ab 4.46 Uhr, München Hauptbahnhof an 6.17 Uhr) und weshalb halten die ab 13.12.2020 elektrisch betriebenen spurtstarken Züge nicht in Fürstenfeldbruck, so wie eigentlich mit Inbetriebnahme des Wettbewerbsprojekts Vorortverkehr München–Buchloe stündlich vorgesehen war?

Hans Urban
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist die durch die Untere Jagdbehörde (UJB) beim Landratsamt Oberallgäu in Sonthofen angeordnete nicht-öffentliche Herbst-Hegeschau am 23.10.2020 rechtlich zulässig, obwohl Hegeschauen nach §16 Abs. 4 Satz 1 Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Jagdgesetzes (AVBayJG) öffentlich zu erfolgen haben, welche besonderen Gründe werden seitens der UJB angeführt, die eine Durchführung der Hegeschau dringend erforderlich machen und wird in irgendeiner Form gewährleistet, dass die ausgeschlossene Öffentlichkeit trotzdem Kenntnis zum vorgelegten Kopfschmuck erhält (z. B. in Form eines Online-Livestreams, Foto-Dokumentation o. ä.)?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen wurde durch die Gesundheitsämter in Bayern die Quarantäne von positiv getestetem medizinischem Personal verkürzt und wann wurde in welchen Einrichtungen/Kliniken entsprechend SARS-CoV-2-positives Personal eingesetzt?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Kommunen/Landkreisen in Bayern sind auf den Lärmschutzwänden entlang von Autobahnen Solaranlagen angebracht (Länge in km, Baujahr, Leistung in kW, Betreiber der Anlage), gibt es gesetzliche Regelungen für den Bau/Betrieb von Solaranlagen auf Lärmschutzwänden und wie sind die Zuständigkeiten für die Genehmigung verteilt?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass die Lizenz zur Nutzung von Microsoft Teams for Education am 31.10.2020 ausläuft, gibt es einen Plan des Staatsministeriums, welche datenschutzrechtliche unbedenkliche Plattform die Schulen nach dem 31.10.2020 für Videokonferenzen nutzen können und falls ja, wie sehen die Vorbereitungen dafür aus (Schulungen etc.)?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung vor dem Hintergrund der Tatsache, dass das Umweltbundesamt für Arbeitsplätze z. B. auch von Lehrern eine Grenze von 0,5 Prozent CO₂ definiert hat und diese Grenze im „Leitfaden für Innenraumhygiene in Schulgebäuden“² z. B. auf Seite 38 als Empfehlung noch weiter auf 0,3 Prozent abgesenkt hat, unter welchen Umständen ein Kommunalorgan, wie z. B. ein Kreistag oder ein Stadtrat die Möglichkeit hat z. B. mit Hilfe einer eigenen Willensbildung und entsprechendem Beschluss, die Hygiene-Auflagen mit zu beeinflussen um die CO₂-Konzentration, die Lehrer und Schüler z. B. durch Masken gezwungen sind einzuatmen, dadurch unter diese vom Bund definierten Werte zu drücken, indem mindestens eines dieser kommunalen Organe einen Beschluss darüber fasst, auf die im Rahmen-Hygieneplan Schulen in Bayern vom 02.10.2020 in III 1.3. a-i definierten Ausnahmen zum allgemeinen Maskenzwang während der Schulzeit und in der freiwilligen Nachmittagsbetreuung bei Schülern, Lehrern und in der Schule tätigen sonstigen

² <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3689.pdf>

Angestellten, wie z. B. Reinigungspersonal oder Hausmeister einzuwirken, auf die im Rahmen-Hygieneplan Schulen in Bayern vom 02.10.2020 in III 1.3. a-i definierten Ausnahmen zum allgemeinen Maskenzwang z. B. in den Schulbussen einzuwirken und sicherzustellen, dass die Lehrer und Schüler nicht gezwungen werden, Luft einzuatmen, die einen CO₂-Anteil oberhalb des vom Bundesamt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin für Schulen empfohlenen Arbeitsplatzgrenzwerts von 0,3 Prozent CO₂, bzw. der für Arbeitsplätze z.B. auch von Lehrern festgelegten 0,5 Prozent CO₂ am Arbeitsplatz einzuatmen gezwungen werden?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf Grundlage welcher wissenschaftlichen Erkenntnisse wurde die bayernweite Regelung zur Sperrstunde ab 23.00 Uhr für Gebiete mit einem Inzidenzwert von 35 oder mehr bzw. 22.00 Uhr für Orte mit einem Inzidenzwert ab 50 eingeführt, welche Erkenntnisse zu Übertragungs-Ereignissen in der Gastronomie lassen diese Maßnahme, die zumindest ein gewisses Risiko der Verschiebung von Begegnungen weg aus dem öffentlichen, reglementierten Raum birgt, als geeignete Maßnahme erscheinen und welche Ministerien und Verbände oder andere gesellschaftlichen Akteure waren bei der Entscheidungsfindung eingebunden?